

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.W. 66, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vormwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vormwärts-Verlag GmbH,
Berlin S.W. 66, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2308-2307

Das Urteil im Küsterner Putschprozeß.

10 Jahre Festungshaft für Buchrucker und Gefängnis für die Komplizen.

Kottbus, 27. Oktober (BS.) Im Küsterner Putsch-Prozeß wurde heute vormittag 11 Uhr das Urteil verkündet. Des Hochverrats wurde nur der Hauptangeklagte Major a. D. Ernst Buchrucker schuldig befunden und wegen dieses Vergehens zu zehn Jahren Festungshaft sowie zu 100 Milliarden Geldstrafe verurteilt. Gegen alle übrigen Angeklagten wurde nur auf Beihilfe zur Amtsniedrigung gemäß § 114 StGB. erkannt, so daß alle übrigen Angeklagten nicht zu Festung, sondern zu Gefängnisstrafen verurteilt werden mußten, und zwar Major a. D. Fritz Herzer zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis, Oberleutnant a. D. Peter Voigt zu 6 Monaten Gefängnis, Kaufmann Hans Hahn zu 8 Monaten Gefängnis, Zahnarzt Herbert Fliege zu 5 Monaten Gefängnis, cand. chem. Gerhard Reichel zu 5 Monaten Gefängnis, Oberleutnant a. D. Georg Walter, Landwirt Eduard Stobbe, Oberleutnant Ernst Schrent, Kaufmann Will Wojczewski zu je 3 Monaten Gefängnis, die Angeklagten Landwirt Hans Körte, Ingenieur Dabkowski, Landwirt Hermann Kühn und Landwirt Georg Dürchardt wurden freigesprochen.

Die Kosten des Verfahrens wurden, soweit Freisprechung erfolgte, der Staatskasse, im übrigen den Verurteilten auferlegt. Allen Verurteilten wurden 3 Wochen der erlittenen Untersuchungshaft angerechnet. Die Haftbefehle mit Ausnahme derer gegen die Majore Buchrucker und Herzer wurden sämtlich aufgehoben. Das Gericht lehnte ferner die von der Anklagevertretung gegen den deutsch-nachrichtlichen Reichstagsabgeordneten v. Gräfe und zwei anderen Zeugen beantragten Ordnungsstrafen wegen Nichterscheinens ab, da die Zeugen nicht unentschuldig weggeblieben seien. Für die Urteilsbegründung wurde auf Antrag des Anklagevertreters die Öffentlichkeit sofort wieder ausgeschlossen.

Die Verkündung des Urteils wies sich unter so ungewöhnlichen Umständen, daß von einer förmlichen Sabotage der Berichterstattung gesprochen werden muß. Die Pressenotatredakteure wurden am Gefängnistor zurückgehalten und ihnen der Weg zum Verhandlungssaal erst dann freigegeben, als der Vorsitzende bereits die letzten Urteilsätze verkündet hatte, so daß eine halbe Minute später schon wieder die Öffentlichkeit den Saal und das Gefängnis verlassen mußte.

Die Putschisten von Küstern haben milde Richter gefunden. Vollkommen militärisch ausgerüstet, haben sie versucht, die militärische Gewalt in der Festung Küstern an sich zu reißen. Zu diesem Zweck befehligten sie die Kommandantur und die innere Stadt, kurz, sie machten sich bereit, von Küstern aus dem Reichsputsch in ganz Deutschland zum Siege zu verhelfen. Wenn ihnen das nicht gelang, so lag das nicht an ihrem guten Willen, sondern vor allem daran, daß schon vorher ein Haftbefehl gegen ihren Führer Buchrucker und seine Kumpane auf Grund des Ausnahmezustandes verhängt worden war, und daß der in Küstern kommandierende Oberst Gudonius sich durch den Vorstoß in seiner militärischen Kommandogewalt bedroht fühlte.

Der Putsch erfolgte in der Nacht vom 30. September zum 1. Oktober. Vier Tage vorher war die Verordnung des Reichspräsidenten über die Verhängung des Ausnahmezustandes für das ganze Reich veröffentlicht worden. Im § 4 dieser Verordnung findet sich die folgende ganz eindeutige Vorschrift:

„Wer den im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Anordnungen des Reichswehrministers oder des Militärbefehlshabers zuwiderhandelt oder zu solcher Zuwiderhandlung auffordert oder anreizt, wird, sofern nicht die bestehenden Gesetze eine höhere Strafe bestimmen, mit Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 15000 Goldmark bestraft. Wer durch Zuwiderhandlung nach Absatz 1 eine gemeine Gefahr für Menschenleben herbeiführt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter 6 Monaten und, wenn die Zuwiderhandlung den Tod eines Menschen verursacht, mit dem Tode, bei mildernden Umständen mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft. Daneben kann auf Vermögensentziehung erkannt werden.“

Nun ist allgemein bekannt, daß der Vorstoß der bewaffneten Garden Buchruckers nicht nur eine gemeine Gefahr für Menschenleben, sondern tatsächlich den Tod eines Menschen herbeigeführt. Nach der klaren Vorschrift der Verordnung des Reichspräsidenten mußte also gegen Buchrucker die Todesstrafe oder, wenn man mildernde Umstände annahm, auf Zuchthaus nicht unter zwei Jahren erkannt werden.

Statt dessen hat das außerordentliche Gericht in Kottbus den Putschisten Buchrucker zu der Ehrenstrafe von Festungshaft und seine Komplizen nur wegen „Beamtennötigung“ zu Gefängnis verurteilt. Das außerordentliche Gericht hat also die Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten ganz außer Betracht gelassen. Welche Gründe es dazu veranlassen haben, können wir nicht feststellen, da die Urteilsbegründung unter Ausschluß der Öffentlichkeit erfolgt ist. Die außerordentliche Milde aber, die den bewaffneten Scharen zuteil wurde, wird im ganzen Reiche Aufsehen erregen. Stellt sie für weitere Veruche gleicher Art doch geradezu einen Freibrief aus. Man denke nur daran, welche Urteile seinerzeit von den außerordentlichen Gerichten wegen des mittel-deutschen Aufstandes verhängt worden sind, und man wird den klaffenden Unterschied zwischen dem Kottbuser Urteil und jenen sofort finden.

Es drängt sich auch die Erinnerung daran auf, daß der sozialistische Schriftsteller Fischenbach in München wegen einer Handlung, die auch nicht im geringsten an die Straf-

würdigkeit des bewaffneten Putsches herantreibt, zu 11 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Er hat schon ein volles Jahr davon hinter Zuchthausmauern verbracht, ohne daß die bayerische Regierung ihr Versprechen eingelöst hätte, eine neue Untersuchung des Falles einzuleiten. Fischenbach hatte beiläufig nur Artikel in der Auslandspresse veröffentlicht und wurde deshalb vom Volksgericht ins Zuchthaus geschickt. Buchrucker und seine Landsknechte aber hatten militärische Organisationen gebildet und die Reichswehrdienststellen in Küstern mit bewaffneter Macht überfallen. Dafür wird Buchrucker mit der sogenannten „Ehrenhaft“ belegt, während Fischenbach weiter im Zuchthause verbringen muß. Ist das Münchener Volksgerichtsurteil und seine Vollstreckung ein offener Gewaltakt gegen einen in Bayern so verrufenen „Marxisten“, so nimmt sich das Kottbuser Urteil in seiner Milde und seiner offenen Beiseitenschiebung der Ausnahmeverordnungen fast als eine Begünstigung des bewaffneten Putsches aus.

Der bayerische Hochverrat. Erklärung der Reichsregierung.

Die Erklärung der Reichsregierung gegen Kahr, die gestern in später Nachtstunde beschlossen wurde und heute früh hier auszugsweise veröffentlicht wurde, hat folgenden Wortlaut:

In der Sitzung der Ministerpräsidenten und Gesandten der Länder, die auf Anregung des württembergischen Staatspräsidenten Dr. v. Heber vorgestern stattfand, ist der einstimmige Wunsch der deutschen Länder zum Ausdruck gekommen, den Konflikt zwischen dem Reich und Bayern zu beilegen. Der bayerische Gesandte Herr v. Preger hat in Vertretung der bayerischen Staatsregierung bei diesen Verhandlungen wiederholt zu erkennen gegeben, daß der bayerischen Staatsregierung daran gelegen sei, einen annahmbaren Weg zu finden, um diesen von ihr bedauerten Konflikt zu lösen. Der Reichskanzler hat sich dieser Erklärung angeschlossen und den Dank der Reichsregierung dafür zum Ausdruck gebracht, daß die Länder sich bemühen, einen Weg für diese Lösung zu finden.

Heute nun erläßt der bayerische Generalstaatskommissar v. Kahr eine Erklärung, wonach er es ablehnt, mit der derzeitigen Reichsregierung in Verhandlungen einzutreten. Diese Erklärung ist an sich praktisch belanglos, denn die Vertretung Bayerns liegt in den Händen der bayerischen Staatsregierung und nicht bei Herrn v. Kahr, der lediglich mit der Wahrnehmung der Funktionen vertraut ist, die sich aus der Verlängerung des Ausnahmezustandes in Bayern ergeben. Um so unverantwortlicher ist es, wenn Herr v. Kahr sich dem Wunsche der Reichsregierung, dem einstimmigen Wunsche der Länder und dem durch den bayerischen Gesandten ausgesprochenen Wunsche der bayerischen Staatsregierung, die Reichseinheit zu sichern, durch sein Verhalten förmlich widersetzt. Das tut der bayerische Generalstaatskommissar in einer Zeit, in der die bayerische Pfalz in Gefahr ist, in französische Abhängigkeit zu geraten, in der Rhein und Ruhr von dem französischen Vernichtungswillen bedroht sind wie kaum zuvor, in der Hunger im Innern und Vergewaltigung von außen uns bedroht und in der die Reichseinheit notwendiger ist als je. Sein Verhalten ist eine Annahme, die in seiner Stellung keine Begründung findet und die die Reichsregierung zurückweist. Sein ganzes Tun und Lassen, das sich gegen jeden Versuch wendet, die Reichseinheit auf dem Wege des Verkehrens wieder herzustellen, muß dem Urteil des deutschen Volkes überlassen bleiben.

Durch die Erklärung des Kahr und die Antwort der Reichsregierung ist eine gewisse Klärung der Lage eingetreten. Kahr verhandelt nicht mit „dieser“ Reichsregierung, und diese Reichsregierung verhandelt nicht mit Kahr.

Wer ist „diese“ Reichsregierung und wer ist Kahr? „Diese“ Reichsregierung ist eine verfassungsmäßige Regierung, die sich auf mehr als eine Zweidrittelmehrheit der gewählten Volksvertretung des Reiches stützt. Hinter ihr stehen auch die bayerischen Sozialdemokraten, die bayerischen Demokraten, die bayerischen Deutschen Volksparteiler. Bayerische Volkspartei und Bayerischer Bauernbund haben im Reichstag bisher eine entschiedene Kampfstellung nicht eingenommen.

Das ist diese Reichsregierung. Wer aber ist dieser Kahr? Dieser Kahr ist von der bayerischen Regierung auf Grund einer verfassungswidrigen Ausnahmeverordnung zum Generalstaatskommissar ernannt. Er hat diese Stellung dazu mißbraucht, das Koalitionsrecht so zu treiben, daß sich selbst der Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband Bayerns dagegen an das Reich um Schutz wandte. Er hat den Kommandanten der Reichswehr in Bayern, den General v. Lossow, zu Eid- und Treubruch verleitet und die in Bayern stehenden Reichswehrkontingente in rechtswidriger Weise unter seinen Befehl gestellt.

Dieser Kahr lehnt es ab, mit dieser Reichsregierung zu verhandeln, und die deutschnationalen Partei lehnt ihm in einem Aufruf ihre Unterstützung und stellt sich ganz auf seinen Standpunkt.

Gibt es einen Hochverrat gegen das Reich, wenn das keine ist? Und was gedenkt die Reichsregierung gegen diesen Hochverrat zu tun?

Dollar 65 Milliarden.

Römische Jubelfeier.

O. L. Rom, den 22. Oktober 1923.

Am 28. Oktober wird sich das ganze offizielle Italien in ein vierstädtiges „Nationalfest“ stürzen, um den „Marsch der Faschisten auf Rom“, der vor einem Jahre stattfand, würdig zu feiern. Mit einer Messe fängt die Sache an, noch dazu mit einer „Feldmesse“, dann folgen Reden, Ordensverleihungen, Musik, Festzüge. Die Schulen werden geschlossen, die Häuser beflaggt und illuminiert; seit Monaten arbeitet eine eigene Kommission das Programm der Festlichkeit aus, um, wie sich der „Hohe Rat des Faschismus“ bescheiden ausdrückt, das „größte revolutionäre Ereignis“ der letzten Jahre gebührend zu ehren. Von der Messe bis zur Kranzniederlegung an der Gruft des unbekanntem Kriegers werden alle Seiten aufgezo-gen, um ein Ereignis zu feiern, das im Grunde nichts anderes war als ein unparlamentarische Weise vollzogener Ministerwechsel. Wenn die Sitten einreihen sollte, daß jedes Ministerium den Sieg seines Amtsantritts durch vierstädtigen Festtaumel begeht, wird das italienische Parlament schon aus Sparfahrscheinlichungen gut tun, kein Kabinett den ersten Jahrestag seiner Besitzergreifung erleben zu lassen.

Nun glaubt aber der Faschismus ganz im Ernst, daß der „Marsch auf Rom“ eine revolutionäre Tat war, weil innerhalb der faschistischen Partei selber vieles anders und vieles besser geworden ist. Das Volk ist vielleicht anderer Meinung; es erinnert sich, daß die Toten in seinen Reihen ein wenig zahlreicher waren als die faschistischen, ohne daß man für sie eine Feldmesse hielt. Aber das Volk muß mitfeiern; nach dem Fest wird man bescheiden können, wie hoch das Nichtfeiern, das Nichtflaggen und Nichtilluminiere den Dissidenten zu stehen kommt. Sicher ist, daß die gewaltsamen Methoden allein keine Revolution machen, sonst wären wir in Italien in den letzten anderthalb Jahren aus der Revolution gar nicht herausgekommen, und sicher ist weiter, daß eine Verfassungsänderung nicht eingetreten ist. Verfassung und Gesetz sind für einen Teil der Bevölkerung praktisch außer Kraft gesetzt, bestehen aber auf dem Papier weiter. Man lebt in Italien nicht in einer revolutionären Periode, sondern einfach in einer Zeit der Nichtachtung von Recht und Gesetz, welche Nichtachtung von der Regierung und ihren Organen ausgeht. Ein solcher Zustand ist zwar nicht der eines geordneten Staatswesens, aber noch lange nicht der einer Revolution!

Das Jahr, das ins Land gegangen ist, seit der Unverstand Factas und die Sorge Viktor Emanuels III. um die Krone den faschistischen Banden den Einzug in Rom freigestellt, ist von der faschistischen Partei nicht unbeneutet gelassen worden. Sie hat ihr Programm der Besitzergreifung der Staatsstellen durch ihre Parteianghörigen fast völlig verwirklicht, und hat auch schon den Kreisen des Bank-, Industrie- und Agrarkapitals, die den Faschismus großziehen, manchen Gegendienst erwiesen.

Im ganzen durchdringt der Faschismus seine Gesetzgebung mit durchaus antidemokratischem, das große Kapital förderndem Geiste. Dabei Besteuerung des Arbeitslohns der Arbeiter von Staats- und Gemeindebetrieben, Abschaffung der Erbschaftsteuer, Erhöhung der Eisenbahntarife für die dritte Klasse, bei Verbehalten der alten Preise für die erste, Abschaffung des Mieterschutzes und Aufhebung fast aller Luxussteuern usw. Aber damit löst er sein Problem der Behauptung der Regierung nicht; eine Partei kann leben als Ausdruck der Interessen des Großkapitals, aber eine Regierung in einem modernen Staate kann das nicht.

Daher das Anschlußbedürfnis, nicht des Faschismus, aber der faschistischen Regierung. Dieses ist zunächst zum Ausdruck gekommen als Einverleibung der Rabestehenden, die gleichzeitig als Gegner und als Konkurrenten in Betracht kamen, nämlich der Nationalisten. Bei der Einverleibung erging es den Faschisten wie dem alten Rom bei der Unterwerfung Griechenlands: die an Kultur reicheren Unterworfenen drückten ihren Geist den Siegern auf. Der Nationalismus, der sich aus der bürgerlichen Intelligenz des Landes rekrutiert, verleiht dem Faschismus immer mehr sein geistiges Gepräge: kein Ultramonarchismus tritt immer mehr in den Vordergrund, ebenso wie seine imperialistischen Wahnvorstellungen. Bei dem Bündnis haben zwar die Nationalisten ihre bewaffneten Kohorten eingebüßt, aber im Grunde haben sie den Faschismus mehr verändert als er sie.

Vom Nationalismus ging dann das Ausdehnungsbedürfnis des Faschismus auf die klerikalen Elemente über, wobei Mussolini es durchsetzte, die klerikale Volkspartei (Popolari) in einen Gegensatz zum Vatikan zu bringen; heute stützt sich die faschistische Regierung mehr auf den Vatikan als auf den politisch organisierten Klerikalismus. Die dem Vatikan gemachten Zugeständnisse sind bekanntlich sehr groß: Einführung des obligatorischen Religionsunterrichts in den Staatsschulen, Anbringung des Kreuzfahres in den Schulräumen und vor allem völlige Gleichstellung der Staatsschulen mit den privaten, was dem ausgebeuteten Lehrapparat der verschiedenen Mönchs- und Nonnenorden einen ungeheuren Vorprung gibt.

Aber noch immer scheint Mussolini die Basis seiner Regierung nicht breit genug; er hat von Giolitti die Vorliebe für überwältigende Mehrheiten geerbt. Und er braucht eine umfassende Mehrheit, weil ihm die innere Zerissenheit

Der faschistische Partei in verschiedener Hinsicht gefährlich wird. Der innere Zwist und Hader in der Partei wird immer größer. Einige Störenfriede hat Mussolini schon unschädlich gemacht, so namentlich den Rechtsanwalt De Becchi, der sich als Unterstaatssekretär für Kriegspensionen völlig unmöglich gemacht hatte. Er ist zum Gouverneur von Somalia ernannt worden, da Italien über keine entferntere Kolonie verfügt. Auch Micheline Bianchi ist als Generalsekretär der faschistischen Partei abgesetzt worden; an seiner Stelle tritt ein gewisser Giunta, ein Abgeordneter, der in einer der ersten Parlamentsitzungen mit dem Revaler in der Tasche erschien und der in der Kammer erklärt hat, man werde die nächsten Kammerwahlen „mit dem Knüttel“ machen. Die Uebergabe des alten „Direktoriums“ an das neue ist in der faschistischen Presse als Akt „erhabener Disziplin“ verherrlicht worden, obwohl wirklich nicht recht einzusehen ist, wie in einem überhaupt nicht lebensfähigen Organisationsgebilde die normale Uebertragung der Funktionen verweigert werden könnte. Daß an Stelle Bianchis ein notorischer Verfechter der Gewaltmethoden, wie Giunta, tritt, darf aber nicht als ein Zugeständnis Mussolinis an die unruhigen Elemente in der eigenen Partei aufgefaßt werden. Das Direktorium ist heute jeden Einflusses entkleidet und kann nur noch in inneren Parteiangelegenheiten befinden. Die Diktatur innerhalb der Partei ist seit den letzten Beschlüssen Mussolinis im hohen Maß so sehr verschärft, daß eigentlich alles vom Ministerpräsidenten abhängt.

Rund ist aber der innere Zwiespalt der Partei der Regierung abträglich, insofern die Parteigrößen der Provinzen bei den Methoden bleiben möchten, durch die der Faschismus zur Macht gelangt ist, bei Gewalttat und Rechtsbeugung, während man in Rom fühlt, daß dadurch auf die Dauer das Land in Mißkredit kommt und daß die praktische Aufhebung der Rechtsgleichheit unter den Bürgern den Staat erschüttert. Daher die Tendenz Mussolinis, die Parteibefugnisse immer mehr einzuschränken und die Parteigewalt immer mehr in seine Hände zu bringen, wo sie mit der Regierungsgewalt zusammenfällt. So hat der Faschismus jetzt eine Abteilung für Propaganda; seine Presseabteilung macht sich wieder einmal in Bedrohungen der Journalisten Luft, die im Auslande den Faschismus kritisieren.

Es werden also jetzt den verschiedenen Parteien Avancen gemacht, wobei es Mussolini geht, wie es Giolitti ging: ihre Menschenverachtung erweist sich als Menschenkenntnis. Auf seine Avancen nach links hin hat sich aus der sozialistischen Bewegung ein Flügel als „Gironde“ ausgeschieden, der zu jeder Dienstleistung erbötig ist: geistiger Führer dieser neuen Schattierung ist natürlich Enrico Ferri, der keine Gelegenheit ungenutzt lassen will, um allen darzutun, daß er keine politische Eigenwärme hat.

Blickt man auf das verfloßene Jahr zurück, so kann man sagen, daß Mussolini die Giolittianer mit eisernem Befehl ausgekehrt hat, und jetzt nach Giolittianischen Methoden zu regieren sucht. Er hat dabei die ganze Rechte auf seiner Seite, als Sachwalter der Interessen des Militarismus und des Großkapitals, während Giolittis Anhang mehr nach dem mittleren und kleinen Bürgertum hin gravitierte. Gefährlich ist ihm die Unabängigkeit in den eigenen Reihen, weshalb sein nächstes Ziel darauf gerichtet ist, den Faschismus immer mehr zu einem rein dekorativen Element zu machen. Mussolini bleibt der Faschismus kann gehen. Heute, ein Jahr nach der Besitzergreifung, ist der Faschismus innerlich zerklüftet, aber der Mussolinismus ist eine an Bedeutung und an sittlichem Gehalt dem Giolittismus eng verwandte Macht, die sich, auch gegen den faschistischen Geist, behaupten wird.

Gegen die Reichswehr in Sachsen.

Der Landesarbeitsausschuß der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Sachsen, der Bezirksausschuß Sachsen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Allgemeine freie Angestelltenbund, das Landessekretariat Sachsen und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, Landesarbeitsausschuß Sachsen,

erlassen folgenden gemeinsamen Aufruf an die werktätige Bevölkerung Deutschlands:

In schicksalsschwerer Stunde wenden sich die unterzeichneten Organisationen an die werktätige Bevölkerung Deutschlands.

Das proletarische Sachsen ist auf das Schwerste bedroht. Die Reichsregierung hat, angeblich um Ruhe und Ordnung und verfassungsmäßige Zustände wieder herzustellen, nach einer anderen Begründung, um Sachsen gegen Bayern zu schützen, bisher bereits etwa 60 000 Mann Reichswehr in Sachsen einmarschieren lassen.

Es hat sich aber bereits jetzt unzweideutig ergeben, daß sich der Einmarsch der Reichswehr einzig und allein gegen die sächsische Bevölkerung richtet. Mitglieder der beiden proletarischen Parteien werden grundlos verhaftet. Ausschreitungen, die an Kriegszustände erinnern, werden gegenüber friedlichen Passanten verübt.

In Pirna gab es Tote und Verwundete, deren Beziehungen beweisen, daß auf sie von hinten, während sie den Platz räumten, geschossen worden ist. Das ist selbst durch den Stadtrat von Pirna, mit Einschluß seiner deutschnationalen Mitglieder, in einem öffentlichen amtlichen Protest festgestellt worden.

Arbeiter wurden an einzelnen Orten grundlos mit den Gewehrkolben geschlagen; teilweise ist, wie in Freital, an friedlichen Bürgern die Prügelfraße vollzogen worden. Die Erregung der Bevölkerung ist spontan ausgebrochen. Die Arbeiter haben zum Teil demonstriert die Arbeit niedergelegt.

Die Erregung wird um so größer, als das Militär sich bereits anschickt, über die, durch die Verfassung gesicherten Rechte der verfassungsmäßig gebildeten Regierung des Landes, der keinerlei Verfassungsvorlegung nachgewiesen werden kann, hinwegzuschreiten.

Hausdurchsuchungen bei der Dresdener Postdirektion, Aufforderungen an die Bezirksschulräte unter Umgehung der Regierung, mißliebige Lehrer zu entfernen und zu bestrafen, die Verhaftung eines Regierungskommissars wegen amtlicher Handlungen, für die er nur der Regierung verantwortlich ist, beweisen, wohin der Kurs führt. Die Reaktion hat schon seit Monaten nach der Reichsregierung gegen Sachsen gehandelt. Besonders tat es die sächsische Industriellen. Der Reaktion war es nicht möglich, durch die letzte Landtagswahl die sozialistische Regierung zu stürzen. Da dies verfassungsmäßig nicht gelang, glaubt sie nun im Zeichen des Ausnahmezustandes ihre Ziele verwirklichen zu können. Die Reichswehr, stark ausgestattet durch faschistische Elemente, wird von der Reaktion als ein geeignetes Instrument im Kampfe gegen die sozialistische Arbeiterkraft betrachtet, obwohl diese die stärkste Stütze der Republik und der Einheit des Reiches ist.

Bis zum Einmarsch der Reichswehr herrschte Ruhe und Ordnung im Freistaat Sachsen. Alle entgegengesetzten Nachrichten der bürgerlichen Presse sind unwahr und verfolgen den Zweck, einen Scheingrund für den Einmarsch der bewaffneten Macht in friedliches, von einer Arbeiterregierung geleitetes Land zu schaffen. Unruhe, die im Reiche in weit größerer Zahl als in Sachsen zu verzeichnen waren, sind geboren aus der Not und Verzweiflung des industriell stark bevölkerten Sachsens. Zu deren Behebung reichen aber die sofort eingelegten polizeilichen Nachtmittel Sachsens völlig aus.

Nach allen Vorgängen der letzten Tage muß sich der Arbeitnehmerschaft die Ueberzeugung aufdrängen, daß ihr die wenigen staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Errungenschaften, die die Revolution brachte, entzogen werden sollen.

Zähneknirschend hat das gutdisziplinierte sächsische Proletariat trotz aller Provokationen bis jetzt die Ruhe bewahrt. Die Arbeitnehmerschaft weiß, daß sie die Gefahr, von der sie und die Republik bedroht ist, nicht allein abwenden kann.

Genossen Deutschlands! Kommt dem sozialistischen Sachsen zu Hilfe! Es muß schnell gehandelt werden, soll nicht das Letzte verloren gehen.

Sachsen galt immer als der Hort des fortschrittlichen und freigeistlichen Gedankens und als der Stolz der sozialistischen Arbeiterbewegung. Laßt es nicht zum Versuchsobjekt der Reaktion werden. Genossen Deutschlands! Verhütet das!

Es ist zweifellos, daß dieser Aufruf auf die Arbeiterschaft im ganzen Reich einen starken Eindruck machen wird.

Möge er dazu beitragen, den sächsischen Konflikt zu lösen, dessen Beendigung hier immer gefordert wurde!

Die Sozialdemokratische Partei hat sich mit stärkstem Nachdruck für die Beseitigung des militärischen Belagerungszustandes eingesetzt. Auch die Konferenz der Ministerpräsidenten hat die Umwandlung des militärischen Ausnahmezustandes in einen zivilen gefordert. Damit würde auch der Reichswehraktion in Sachsen der Boden entzogen sein.

Leider hat die kommunistische Partei durch Entsehung eines blutigen Aufstandes in Hamburg und durch Anschlag von Plätzen, in denen zum bewaffneten Aufstand auch in Sachsen aufgefordert wurde, diesen Bemühungen schwere Hindernisse in den Weg gelegt. Nach neuesten Nachrichten sollen die Vertreter der KPD in der sächsischen Regierung von diesem verbrecherischen Treiben entschieden abzurücken bereit sein; wir würden es begrüßen, wenn sich diese Redungen bestätigen würden.

Es ist aber unbedingt notwendig, daß über diese Dinge volle Klarheit geschaffen wird. Die KPD, die unter Mitverantwortung unserer Genossen in zwei Einzelstaaten Regierungspartei geworden ist, muß Garantien dafür geben, daß sie ihre Stellung nicht zur Anzettelung blutiger Putsch mißbrauchen will.

Nur wenn das geschieht, kann man der Sozialdemokratischen Partei einen Vorwurf daraus machen, daß ihre Bemühungen um die Einstellung der überflüssigen und schädlichen Reichswehraktion in Sachsen nicht den raschen Erfolg haben, den sie selber ihnen wünscht.

Die anonymen Volksparteiler.

Die dauernden Angriffe der Scherlpresse („Lokal-Anzeiger“ und „Tag“) haben jetzt auch die volksparteiliche „Zeit“ aus ihrer Reserve herausgelockt. „Tag“ wie „Lokal-Anzeiger“ bringen fortgesetzt in auffälliger Ausmachung Zuschriften, die als „Informationen aus volksparteilichen Kreisen“ bezeichnet werden. In diesen Zuschriften wird in sehr deutlichem Zusammenspiel mit den Absichten des Herrn v. Kahr in Bayern und des Herrn Stinnes in Norddeutschland dauernd in Krisen der Koalitionsregierung gemacht. Der Zweck der Uebung soll offenbar die Unterstützung der deutschnationalen Angriffe gegen die Volkspartei wegen ihres Zusammengehens mit der Sozialdemokratie sein. Die volksparteilich-offizielle „Zeit“ erklärt jetzt gegenüber diesen Angriffen:

Es beginnt also jetzt wieder dasselbe Spiel, das wir vor dem Ausbruch der letzten Krisis erlebt haben, ein Spiel, das zum mindesten den Anschein erweckt, als ob Teile der Deutschen Volkspartei sich in die Scherlpresse flüchteten, um von dort aus eine Pressehege zu inszenieren, die sich letzten Endes gegen das Kabinett und gegen den Kanzler Dr. Stresemann richtet. Daraus ergeben sich Folgen, die von der Partei einfaß nicht ertragen werden können. In allen Kreisen der Deutschen Volkspartei ist die Auffassung vorherrschend, daß nach dieser Richtung hin unbedingt Ordnung geschaffen werden muß. Mögen doch die Herren, die durch die Scherlpresse auf die Öffentlichkeit zu wirken versuchen, wenigstens den Mut haben, mit ihrem Namen hervorzutreten und sich zu erkennen geben. Die Anonymität, hinter die sie sich flüchten, ist für sie wahrlich nicht ehrenvoll. Die Partei darf sich jedenfalls ein solches Treiben nicht länger gefallen lassen.

Inzwischen hat der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei getagt und eine Vertrauensresolution für Stresemann und sein Kabinett angenommen. Ob aber wirklich den anonymen Mitarbeitern der Scherlpresse, deren Namen der volksparteilichen Leitung natürlich sehr gut bekannt sein müssen, der Stuhl vor die Tür gesetzt wird, bleibt abzuwarten. Auf die Dauer wird es jedenfalls unvermeidlich sein, daß die Volkspartei in ihren Reihen eine Klärung darüber herbeiführt, ob sie auf die Dauer dulden will und dulden kann, daß einflußreichste Kreise der deutschnationalen Presse in ihren Angriffen gegen die Regierung Stresemann Unterstützung angedeihen lassen und dadurch das Reich in dauernden Krisenzustand erhalten.

Gespräch im Zwiellicht.

Von Hans Bathmann.

Eine feindselige kühle Dämmerung wehte durch die Straßen. Kaum daß es fünf Uhr war, trocken schon ganz tiefe Schatten über die Häuserfronten, deren einträgliches, schmutziges Grau nur das lächliche, schmerzhaft blinzeln toter Fenster Scheiben unterbrach.

Zwei Arbeiter schritten trübsinnig, langsam und müde mit klappenden Schritten heimwärts.

Bläulich war die Straße phantastisch erhellt. In vier Stockwerken wird jäh eine riesige Lichtfülle entsetzt. Brutal und aufreizend stürzte sie in das Grau der Dämmerung und zerlegte sie mit grellen, zuckenden Strahlentzügen. Vor dem gewählten Portal ratterten ungeduldig drei Automobile.

„Die Bank macht Ueberstunden“, murmelte der eine Arbeiter und sah gebiend an dem prozogen Gebäude aufwärts. „Und wir?“

„Arbeiten von nächster Woche ab nur noch drei Stunden am Tage.“

Sequält kamen die Worte. Hinter ihnen standen dunkle Bilder von Weib und Kind, lichtloser, kalter Stube, Hunger und großer Entbehrung.

Sie blieben einen Augenblick stehen, starrten auf die eleganten Automobile und schüsten, wie der Haß nach ihrem Herzen griff.

„Hier wird auf unsere Kosten, auf Boikes Rücken spekuliert und verdient“, sagte der erste und zog seine dünne Jacke über der nackten Brust zusammen. „Mit unserem Elend, unserem Hunger, dem Gedrüm unser Kinder bezahlen wir den Ueberfluß der anderen.“

Der zweite lächelte gewaltig, als er fühlte, wie seine harte Faust sich krampfte.

„Wer kann das noch ändern? Die Partei...“ der andere seufzte: „ist arm.“

„Arm gemacht von den Volksbetrügern, wie wir selbst. Arm und ohnmächtig gemacht, bewußt und zielficher. Die Reaktion allein hat Geld, rüstet, baut auf. Wir lauen ab.“

Sie schwiegen einen Augenblick.

„Endlich schrie der zweite fast: „Warum haben wir uns dagegen nicht gewehrt, als es noch Zeit war, warum haben die Gewerkschaften gewartet, bis ihr Geld entwertet war, so daß wir kaum noch einen Streik führen können? Haben sie das Ziel der bestmöglichen Reaktion nicht erkannt? Haben sie nicht gemerkt, wie sie selbst durch den Marktsturz abgewürgt wurden, ohnmächtig gemacht, während die anderen mit jedem Aufwärtsspringen des Dollar mächtiger und übermächtiger wurden?“

Der erste sann nach. „Wir haben ja nie mehr gehabt als unsere Arbeitskraft, unsere Hände und die Masse der Entwerteten. Damit

haben wir die Republik geschaffen, damit haben wir sie schon verteidigt. Damit werden wir sie schützen — auch heute und morgen.“

„Du hast einen guten Glauben...“ spöttelte der andere.

„Glauben hin — Glauben her — und wenn wir nichts, gar nichts besitzen: auf tausend Enterbte kommt ein Besitzender und zehn seiner Söldlinge. Meinemwegen auch fünfzig oder hundert. Beginn der Kampf und unsere Front ist geschloffen, so können sie nichts verrichten. Nichts, sage ich dir!“

„Die Partei ist mit dem Kapital verbündet...“ Das war ein Trumpf.

„Wohin es um Deutschland geht...“

„Was ist uns Deutschland?“

„Unsere große, selbstgeschaffene Republik, die wir einmal wohnlich für uns machen wollen...“

„Es scheint lange zu dauern...“

„Ist die Partei daran schuld? Und sollte uns das abschrecken? haben wir keine Kinder? Unsere Arbeit war immer Zukunftsbau. Mit dem Kapital verbündet, das ist falsch. Mit dem Kapital täglich im Kampf — um eine gerechte Verteilung der Kriegskosten, der Steuerlasten — herrschte das Kapital allein, so verreckten wir in endloser Arbeit unter den Lasten und wir fütterten es noch fetter mit unseren Knochen...“

„... Mag sein...“

„Und wenn es um die Arbeiterschaft geht, stehen wir immer allein. Wenn wir dann nur alle einzig zusammenschließen! In der Partei und in den Gewerkschaften! Wenn nur jeder ihnen opfern würde, was ihnen notwendig ist im Kampfe für uns! Schwach werden wir nicht durch Mangel an Geld allein, vielmehr durch den Mangel an Einsicht vieler, die zu uns gehören, durch das Uebermaß der Gleichgültigkeit, durch die Abtrünnigen und Ueberläufer. Mögen sich unsere Reihen leeren — schlimm ist es gewiß —, aber wenn sich unsere Reihen nicht leeren, sondern immer mehr füllen, bleiben wir doch die Stärksten.“

Sie setzten ihren Weg fort. Das grelle Licht blieb hinter ihnen, sie verschwanden in dem ganz schwarz gewordenen Schlund der Straße.

Als sie sich nahe und schweigend an sahen, war in ihren Gesichtern die gleiche Entschlossenheit.

Uranis. Am oberen Dürzschal leitet am 29. d. M., 6 Uhr, Dr. Robert Potonié seinen geologischen Kursus über die „Geschichte der Urwelt“ fort, am 30. d. M., 6 Uhr, spricht Oberlehrer Sanftschal Dr. Wolf über: „Diktatorismus“ und am 31. d. M., 6 Uhr, über die „Rigorenzpolitik“. Am 30. d. M., abends 8 Uhr, spricht Prof. Franz Weerle über das Thema: „In den Bergen Tirols“, und am 31. d. M., abends 8 Uhr, über: „Die sächsische Stadt“.

Das Blüthner-Orchester veranstaltet am Sonntag, den 22., abends 8 Uhr, im Blüthner-Saal einen Beethoven-Abend unter Leitung von Camillo Hildebrand. Eschl des Abends ist Konzertmeister Nicola Sabinon (Violine).

Der Marxist.

„Es ist“, lehrt Kahr uns, „der Marxist ein Wesen voller Trug und List. Er bietet Trotz allen Gesetzen und schlägt das Deutsche Reich in Fein; Im Heere wühlt er unablässig, Ist widerpenstig und aufässig, Besorgt um selbstliche Belange, Zieht er mit Poincaré am Stränge, Die deutsche Zukunft gilt ihm nichts. Er ist der Inbegriff des Nichts!“

So höre ich und rechne nach: Wer ist's, der den Gehorham brach? Wer sprach den Reichsgehehen hohn, Trieb Poffon an zur Rebellion? Wer rüttelt an des Reiches Felsen Und gab das Sturmsignal im Westen? Wer schmiedete des Rheinlands Kette, Daß er sein bairisch Tröcklein rette? — Singegen: Wessen Häufte brachen Das Sonderbändlerloch in Sachsen?

Ja, ein Marxist ist, das scheint klar, Einer im Reich: Und der heißt Kahr!

Mich. von Lindenberg.

Verwendung aller Paläste in Sowjetrußland. Die prächtigen Paläste und Landhöfe der russischen Zaren und Magnaten sind seit der Revolution von 1917 teils von der Sowjetregierung beschlagnahmt, teils dem Verfall preisgegeben. Neuerdings hat das Bildungsministerium viele dieser Schätze als kulturgeschichtliche Museen eingerichtet und von dieser Kulturarbeit ist in der Sowjetpresse gern die Rede. Dennoch konnte es geschehen, daß der großartige Sommerpalast an der Däta in Petersburg so vollständig in Verfall geriet, daß auch die Rote Armee ihn nicht mehr wie bisher als Kaserne benutzen wollte. Dieser von der Kaiserin Katharina II. erbaute Palast wäre wahrscheinlich stütziger Verwahrlosung verfallen, wenn nicht die Gesellschaft „Mit Petersburg“ sich seiner angenommen hätte. Er wurde restauriert und soll nun als Konzerthaus und Erholungsklub für Arbeiter dienen. Der Palast zeichnet sich durch das schöne Einrichtertor und die Kolonnaden mit korinthischen Säulen aus. Die Innenräume sind zum großen Teil in Marmor und Gold gehalten. Der Palast wurde später Pobjemkin geschenkt und gehörte zuletzt der Adelsfamilie Besobrasow.

Erstausführungen der Woche. Deutscher Renaissance-Theater: „Die Tage des Lebens“. — Donnerst. Schloßpark-Theater: „Schloßpark“. — Freitag, Friedrich-Wilhelm-Städtisches Theater (Schauspieltheater): „Edvard II.“. — Samstag, Volkstheater: „Nigara“ „Hochzeit“. — Montag, Friedrich-Wilhelm-Städtisches Theater (Schauspieltheater): „Eiga“, „Ganneles Himmelfahrt“.

Die Sonderbündler in Trier.

Trier, 27. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Trier ist noch immer in der Hand der Sonderbündler. Die Gewerkschaften sind völlig führerlos, da die Arbeiterführer entweder ausgewiesen oder für vogelfrei erklärt worden sind und so Gefahr laufen, erschossen zu werden, wo sie sich sehen lassen. Der sozialdemokratische Redakteur und Beigeordnete Reese wurde auf dem Rathaus von den Sonderbündlern schwer mißhandelt. Er wie der Gewerkschaftsführer Hammele sahen sich gezwungen, das besetzte Gebiet zu verlassen, da sie beide auf der Liste der Vogelfreien stehen. Vor zwei Tagen drangen nachts um 12 Uhr zehn bewaffnete Sonderbündler in die Wohnung der Redakteurin Genossin Reese, die sie durch Drohungen mit Erschießen an Hilferufen verhinderten. Sie untersuchten das ganze Haus und befohlen ihr, innerhalb kurzer Frist das Rheinland zu verlassen, die Möbel aber zurückzulassen. In diesem Fall griff jedoch die Besatzungsbehörde ein, so daß Frau Reese vorläufig vor weiteren Mißhandlungen, wie sie sie erfahren hat, geschützt zu sein scheint. In der Abwehr der Sonderbündler haben sich besonders die Postbeamten und Telegraphenarbeiter bewährt, gegen die die Sonderbündler deshalb besonders rücksichtslos vorgingen und sie aus dem Postamt hinauswarfen. Auch die Buchdrucker haben jede Arbeitsleistung für die Sonderbündler abgelehnt. Nachdem die Druckereien der „Volkswacht“ und der „Trierischen Landeszeitung“ zerstört waren, erschienen am nächsten Morgen allein das nicht zerstörte Generallanzeierblatt, der „Volkstfreund“ und brachte die Bekanntmachungen der vorläufigen Sonderbündlerregierung. Daraufhin weigerten sich die Buchdrucker, das Blatt noch weiterhin erscheinen zu lassen. An eine andere Druckerei war das Ansuchen gestellt worden, rheinische Franken zu drucken; auch das wurde von den Buchdruckern abgelehnt. Die Sonderbündleraktion in Trier wäre schon längst zu Ende, wenn nicht die Trierer Stadinerwaltung ihren deutschen Charakter völlig verleugnet hätte. Die gesamte Verwaltung sympathisiert zum mindesten mit der Separatistenbewegung, soweit sie nicht offen übergetreten ist. Durch diese schwankende Haltung wird die Bevölkerung auf das bedenklichste beeinflusst.

Die provisorische Regierung.

Paris, 27. Oktober. Trotz der offensichtlichen Rückschläge der separatistischen Bewegung am Rhein fährt die Pariser Presse fort, der provisorischen Regierung in Coblenz, in der sich der „Matin“ zum Hauptkämpfer der Bewegung entwickelt, Bedeutung zuzuschreiben. „Leit Parisien“ gibt in einer Coblenzer Meldung eine listenhafte Zusammenfassung der provisorischen Regierung. Matthes soll dem Korrespondenten des Blattes erklärt haben, die Regierung sei nunmehr konstituiert, und er nehme für sich den Titel eines Kommissars des Vollzugsausschusses in Anspruch. Herr v. Regen werde in Erwartung der Ankunft Dr. Dortsens das „Ministerium des Aeußeren“ und das „Ministerium des Handels“ übernehmen. Die übrigen „Portefeuilles“ werden folgendermaßen verteilt: Finanzen: Dr. Wotterhoff, Inneres: Siebing, Kultus und Unterricht: Dr. Kreemers, Eisenbahnen: Dr. Müller, Justiz: Rechtsanwalt Kieber, Verkehr und Bergbau: Simon. Dr. Dortsen ist, so wird weiter gemeldet, mit wichtigen Verhandlungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage der neuen Republik beschäftigt. Der Finanzminister Wotterhoff soll gestern eine Art von Presseempfang für die französischen Journalisten abgehalten. Alle Pariser Blätter veröffentlichten heute früh ein Interview mit ihm über die Finanzierung der Rheinischen Republik, wobei ausdrücklich darauf hingewiesen wird, daß von den Erträgen dieses Finanzprogramms des Weiterbestehens der Rheinischen Republik zum großen Teil abhängig ist.

Kreuznach, 27. Oktober. (Mit.) Heute nacht wurden von den Separatisten sämtliche öffentlichen Gebäude durch Posten besetzt. Die Zeitungen sind gestern zum erstenmal wieder erschienen. Sie werden gezwungen, Berichte der Sonderbündlerregierung abzurufen, dürfen sie jedoch als solche kennzeichnen. Ferner haben sie eine Bekanntmachung aufnehmen müssen, daß der französische Oberkommissar die Republik der Sonderbündler anerkannt habe.

Krefeld, 27. Oktober. (Mit.) Die Lage ist auch heute noch unverändert. Die Zeitungen haben erreicht, daß sie nicht unter Zensur gestellt werden. Sie dürfen aber nicht gegen die Sonderbündler schreiben. Auswärtige Blätter werden nicht nach Krefeld hineingelassen.

Koblenz, 27. Oktober. (Mit.) Der Beginn der Verkehrsperre ist seit gestern abend auf 7 Uhr abends festgesetzt worden. Ansammlungen von mehr als fünf Personen auf der Straße sind verboten.

Wertbeständige Münzen.

Künftig wird mitgeteilt: Mit der Prägung der Münzen für das Rentengeld ist bereits begonnen worden. Es werden geschaffen: 1, 2, 5, 10 und 50 Rentenpfennigstücke. Im übrigen sind alle Vorbereitungen getroffen, damit die Rentenbank ihre praktische Tätigkeit demnächst aufnehmen kann. Insbesondere schreibt auch der Druck der Rentenbanknoten, die durch Goldrentenbriefe voll gedeckt sein müssen, rüstig vorwärts. Die Rentenbank wird bis zur Ablösung durch die Goldmark das geeignete wertbeständige Zahlungsmittel des Verkehrs sein. Die Rentenbank ist — darüber sind sich Regierung und Wirtschaft einig — ein Zwischenglied bis zur Schaffung der Goldmark, mit der die Rentenbank eingelöst werden wird. Die Arbeiten für die Goldnotenbank werden mit großer Beschleunigung durchgeführt. In dieser Hinsicht ist auf den unmittelbar bevorstehenden Erlass einer Verordnung zur Abänderung des Bankgesetzes zu verweisen.

Regierungskrise in Holland.

Haag, 27. Oktober. (W.F.B.) Der Gesetzentwurf betr. den Bau einer Kriegsstotte für Niederländisch-Indien, der hier seit Wochen im Mittelpunkt des Interesses steht, ist gestern von der Zweiten Kammer mit 50 gegen 49 Stimmen abgelehnt worden.

Infolge der Ablehnung ist eine politische Krise entstanden. Ministerpräsident Ruus de Beerenbrouck hatte gestern noch erklärt, daß im Falle der Ablehnung nicht nur das gesamte Kabinett, sondern auch jeder einzelne Minister sein Los an das des Flottengeheles gebunden habe. Man glaubt daher, daß nicht nur das gesamte Kabinett zurücktreten wird, sondern auch, daß keiner der gegenwärtig im Amt befindlichen Minister in einem neuen Kabinett einen Posten übernehmen würde. Der Ministerpräsident wurde gestern abend von der Königin empfangen.

In der gestrigen Stadtvorstandssitzung ist nicht über „Sportfragen“, wie infolge eines Druckfehlers in der Einleitung des heute früh von uns gebrachten Sitzungsberichts stand, sondern über Schulfragen verhandelt worden.

Gegenseitige Hilfe!

Auf der Straße spricht eine blasse Frau: „Wenn ich bis Montag keine Stelle habe, geh' ich in die Spree.“ — „Was sind Sie?“ fragt jemand. — „Ich bin Hausangestellte. Die Fabrikarbeiterinnen werden entlassen. Alle drängen in Haushaltungsposten. Das Jahrgeld ist so teuer. Kauft man vom Arbeitsnachweis zur Stelle, heißt es stets: befehl. Mein Schwieger verdient eine Milliarde die Woche, davon leben wir zwei. Wenn ich bis Montag keine Stelle bekomme...“

Wie ist zu helfen? Gile tut not! „Fräulein“, sagt die andere, „versuchen Sie es doch mit jeder Arbeit. Einfach zupacken!“ — Eine andere Frau: „Wenn's mir so ginge, ich würde von Haus zu Haus laufen: hier sind meine Zeugnisse. Ich kann arbeiten. Nehmen Sie mich und wenn's nur für ein Stück Brot wäre. Ueber den Lohn können wir später einmal sprechen. Wenn die Zeiten besser sind.“ — Die Rot wächst. Die Arbeitslosigkeit steigt von Stunde zu Stunde. Und jeder Beruf, der sonst gemieden wird, ist heute umdrängt. Wie wie sehr haben wir die Voraussetzungen dafür versehen können, daß die Helfer im Hause ihre Arbeit so oft mehr oder minder widerwillig taten, daß sie sich hinaussetzten in das unsichere, aber freie Leben von Arbeiterinnen, daß kein Beruf ein ähnliches Kontingent zur Prostitution stellte. Und wenn uns das Verständnis hierfür aufgeht, so ist uns damit die Möglichkeit zu einer Besserung gegeben.

Wäre es nicht ein Akt der Dankbarkeit und Menschlichkeit, wenn jede Hausfrau den Hausangestelltenverbänden oder den rührigen Vertreterinnen der Arbeitsnachweise Geld oder Lebensmittel für die Kernsten der stellunglosen Hausangestellten zumiefe? Oder ein Freibrot für das Heim in der Vögrstr. 11 stüßete? Die Frauen müssen einsehen, daß sie heute mehr als je auf gegenseitige schwesterliche Hilfe angewiesen sind. Die Stunde der Not ist da!

Die Goldtarife der Werke.

Gasbons oder wertbeständige Zahlungsmittel.

Von Montag kommender Woche ab werden die städtischen Werke ihre Tarife täglich auf Grund der Kohlenpreise und der den jetzigen Tarifen zugrunde liegenden Grundzahlen festlegen. Diese Maßnahme ist als eine Uebergangsmassnahme zum Goldtarif der Werke anzusehen. Die Berksdeputation hat beschlossen, spätestens am Montag in acht Tagen für die Werke Goldtarife festzusetzen. Wahrscheinlich wird das Gas für das Kubikmeter 21 Pf. = 1/2 Dollar kosten. Für den Fall, daß bis zur Einführung dieser Goldtarife nicht genügend wertbeständige Zahlungsmittel im Umlauf sein sollten, wird das System der Gasbons zur Durchführung gebracht werden. Danach wird jeder Konsument in der Lage sein, zu dem amtlichen Kurse des Vortages in einer großen Zahl von Verkaufsstellen Gasbons zu beziehen, die bei der Begleichung der Gasrechnung als wertbeständiges Zahlungsmittel in Kauf genommen werden. Die Deputation hat aber die Einführung dieses Systems nur für den Fall in Aussicht genommen, daß tatsächlich im Laufe der nächsten Woche nicht genügend wertbeständige Zahlungsmittel in die Hände des Publikums und vor allen Dingen der Lohn- und Gehaltsempfänger kommen. Die Einführung des Systems würde natürlich die Werke mit bedeutenden Vermoögensverlusten belasten. Die vierzehntägige Ableitung muß selbstverständlich für eine längere Uebergangszeit unbedingt beibehalten werden. Eine Rückkehr zu der verwaltungsmäßig zweifellos besseren vierwöchentlichen Ableitung kann erst dann in Frage kommen, wenn wertbeständige Zahlungsmittel sich wirklich reiflos eingebürgert haben und auch die Löhne und Gehälter sich diesen neuen Verhältnissen vollkommen angepaßt haben.

Die Höhe der Tarife in der nächsten Woche ist vorläufig noch gar nicht zu übersehen. Da die Kohlen jetzt in Gold bezahlt werden, hängen natürlich auch die Tarife vom Dollarstand ab. In vielen deutschen Städten werden heute schon Gaspreise von über 3 Milliarden bezahlt. Die Berliner Direktion rechnet bei dem Kursstand vom Donnerstag mit einem Gaspreis von 26 Milliarden. Jedenfalls wird sich der Unteranschlag der Werksdeputation auch damit noch eingehend zu beschäftigen haben.

Geraubte Dollarbriefe.

Der Posthilfskassierer Alfred Warquardt, der im D-Zug Berlin-Hannover als Postbeamter tätig war, hat hündelweise Dollarbriefe gestohlen. Zunächst entwendete er ein Paket Amerikapost, das 30 Briefe enthielt. Diese Briefe brachte er zu einer Witwe Johanna Konfolte. Hier öffnete er die Postfächer und entnahm ihnen die darin enthaltenen Dollarnoten. Bankschecks vernichtete er zugleich mit den Briefen. Eine Jehndollarnote gab er Frau Konfolte zum Wechseln und überließ ihr dafür eine ansehnliche Belohnung. Nachdem die Sache einmal gut gegangen war, unternahm er einen neuen Raub. Wiedermal eignete er sich ein Bündel von 30 Auslandsbriefen an, kam aber nur dazu, vier Briefe zu öffnen, in denen er vier Dollar vorfand. Ehe er noch die anderen Briefe untersucht hatte, wurde er verhaftet und der Rest der geraubten Postfächer wurde bei Frau Konfolte gefunden. Warquardt hatte sich nun vor der Strafammer des Landgerichtes I. wegen Amtsunterschlagung und die Witwe Konfolte wegen Begünstigung zu verantworten. Gegenüber den hohen Strafen, die der Staatsanwalt beantragt hatte, bat der Verteidiger, dem Angeklagten mildernde Umstände zuzubilligen. Er machte die Notlage geltend, in der er sich befunden habe. Der Angeklagte sei genötigt gewesen, in Hannover und Berlin zu wohnen und dazu reichen seine geringen Bezüge nichts aus. Außerdem habe er bei der Arbeit im D-Zug einen größeren Kleiderverbrauch gehabt als andere Beamte. Das Gericht billigte Warquardt auch mildernde Umstände zu, verurteilte ihn zu 9 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft und stellte ihm für den Rest der Strafe einen Gnadenersatz in Aussicht. Frau K. wurde freigesprochen.

Verdoppelung der erhöhten Posttarife.

Unter dem Zwange der Geldentwertung hat die Postverwaltung die zum 1. November sechsen festgesetzten und im „Vorwärts“ am Freitag dieser Woche veröffentlichten Gebühren für Briefsendungen und Pakete des Inlandsverkehrs verdoppeln müssen. Der einfache Fernbrief kostet sonach vom 1. November ab 100 Millionen Mark, die Fernpostkarte 40 Millionen Mark. Weitere voraussichtlich sehr beträchtliche Erhöhungen stehen zum 5. November bevor.

Millionenmarktrechnung bei Post und Telegraphie.

Infolge der starken Geldentwertung und der dadurch hervorgerufenen Aufblähung des Zahlensystems, unter deren Wirkung die pünktliche Abfertigung der Bevölkerung an den Poststationen außerordentlich leidet, sieht sich die Reichspost- und Telegrafverwaltung genötigt, ihren gesamten Zahlungs- und Rechnungsbetrieb und das Gebührenwesen vom 1. November an auf die Millionenmarktrechnung einzustellen. Postanweisungen, Rücknahmen, Postaufträge, Wertangaben bei Versendungen, Zahlarten, Postüberweisungen, Erlagsüberweisungen, Postschicks und Zahlungsanweisungen dürfen vom 1. November an nur über volle Millionen Mark lauten. Bei der Angabe des Betrages in Ziffern ist dabei an Stelle der sechs Nullen das Wort „Millionen“ zu schreiben; z. B. ist also statt 16 000 000 R. künftig 16 Millionen

Mark zu schreiben. Die Stammeinlage, die auf jedem Postschickkonto zu halten ist, wird auf 10 Millionen Mark festgelegt werden. Druckstelle von 1 Million Mark, die über den 1. November hinaus als Guthaben auf den Postschickkonten stehen geblieben sind, werden gestrichen werden.

Goldmark und Papiermark.

Zunächst ein Nebeneinander der beiden Zahlungsmittel.

Wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, hat am gestrigen Freitagabend eine Besprechung zwischen Vertretern des deutschen Nahrungsmittelgroßhandels Landesverband Berlin und des Verbandes der Berliner Kaufleute der Kolonialwarenbranche mit dem Leiter der Wucherabteilung Regierungsrat Hindel stattgefunden, in der die Frage der wertbeständigen Bezahlung sehr eingehend besprochen wurde.

Durch die Ausgabe der Rentenmark, der Goldmarkstücke und durch die Dollarschikanenweisungen auf der einen Seite, durch den Umlauf des Papiergeldes auf der anderen Seite ist es notwendig, daß vom Montag den 29. Oktober, ab im Lebensmittelhandel doppelte Preisberechnung und Auszeichnung notwendig wird. Die Händler sind verpflichtet, die Preise für die Waren sowohl in Papiermark als auch in Goldmark anzugeben. Die Rentenmark und die Goldmarkstücke werden also überall als Zahlungsmittel bereits Gültigkeit haben, auf der anderen Seite behält das Papiergeld bis auf weiteres — wie lange, läßt sich vorläufig nicht übersehen — seine Gültigkeit. Bei der Umrechnung dürfte es selbstverständlich in der ersten Zeit gewisse Schwierigkeiten geben, die sich aber mit der Zeit beheben lassen werden. Rahgebend für das Publikum ist, daß der Handel bei Dollarschikanenweisungen und Goldmarkstücke bis zum Mittag des laufenden Tages den amtlichen Kurs vom Tage vorher anrechnen muß. In den Nachmittagsstunden ist dagegen der mittags herauskommende amtliche Kurs des laufenden Tages gültig. Die doppelte Preisberechnung greift Blah für folgende Lebensmittel: Getreide, Speck, Teigwaren, Mühlenfabrikate, gedörrtes Obst, reine Kolonialwaren, wie Kakao, Kaffee, Tee, Marmelade usw. Für frisches Obst, Gemüse, Kartoffeln und Eier bleibt bis auf weiteres die Bezahlung in Papiermark noch bestehen, doch dürften schon in allernächster Zeit zwischen den maßgebenden Handelsverbänden und Regierungsrat Hindel auch hier Verhandlungen über die wertbeständige Bezahlung stattfinden.

Brotpreis für möblierte Zimmer.

Um die in jeder Woche erneut notwendig werdende Ausrechnung des Mietpreises für möblierte Zimmer zu vereinfachen, hat die Preisprüfungsstelle für Potsdam ein vereinfachtes Verfahren für die Ausrechnung eingeschlagen dadurch, daß sie den jeweils am Sonnabend der Woche in der Stadt Potsdam geltenden Brotpreis für die Zimmermiete der kommenden Woche zugrunde legt. Die neuen Mietpreise für möblierte Zimmer betragen infolgedessen in Zukunft für ein einfach möbliertes Zimmer den Wert von einem Brot für ein gut möbliertes Zimmer von 1 1/2 Broten, für ein elegant möbliertes Zimmer von zwei Broten. Es würde sich empfehlen, daß man auch in Groß-Berlin endlich zu einer Regelung der Miete für möblierte Zimmer kommt, damit die Ueberwertung auf der einen und die Unterwertung auf der anderen Seite endlich aufhört und ein gerechter Ausgleich zwischen den Interessen der Vermieter und Mieter stattfindet.

Notversorgung der Minderbemittelten in Potsdam.

Die Lage in Potsdam ist sehr ernst geworden. Aufgeregte Massen durchzogen am Freitag die Straßen Potsdams und die Polizei nahm einige Verhaftungen vor. Inzwischen ist die Hilfeaktion des Magistrats von großem Erfolg gewesen. Der Appell an die Gewerbetreibenden hat 50 Millionen Mark eingebracht. Sonnabend (heute) nachmittags findet die erste Brotverteilung an die notleidenden Erwerbslosen der Stadt statt. Reichzeitig wird ein Viertelpfund Margarine pro Kopf verteilt. Der Magistrat hat beschlossen, sofort wieder die Rationierungen einzuführen.

„Eine Volksbekleidungs-Aktiengesellschaft.“ Von der Bekleidungsvereinstärker der Berliner Gewerkschaften G. m. b. H. wird uns geschrieben: Der „Vorwärts“ brachte unter obiger Überschrift die Mitteilung, daß in Berlin eine Volksbekleidungs-Aktiengesellschaft ins Leben gerufen ist, die durch wertbeständige Abzahlungskäufe den Konsumenten die Anschaffung größerer Bekleidungsstücke zu ermöglichen versucht. Die Firma verliert nun nach außen hin den Anschein zu erwecken, als ob diese ein von den Berliner Gewerkschaften gegründetes Unternehmen ist. In Nr. 83/84 des „Konfektionär“ vom 20. d. M. wird mitgeteilt, daß im Aufsichtsrat dieses Unternehmens Gewerkschafter und prominente Betriebsratsmitglieder vertreten sind. Die Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend legt Wert darauf festzustellen, daß sie mit diesem Unternehmen, das auf kapitalistischer Grundlage aufgebaut ist, nichts zu tun hat. — Im Anschluß hieran sei noch erwähnt, daß sich die Warenverteilungsstellen der Berliner Gewerkschaften nur an folgenden Stellen befinden: Zimmerstr. 68, Rottbuser Damm 88/89, Sebastianstr. 37/38 und Engelstr. 30.

Der Wohlfahrtsausschuß der vereinigten Kolonialwarenhändler von Ober- und Nieder-Schönevide, Johannisthal, Baumhulsenweg und Karlshorst hat eine größere Hilfeaktion für die Hungernden eingeleitet. Durch freiwillige Spenden sind hochwertige Lebensmittel wie Schmalz, Reis, Nudeln, Zucker usw. im Werte von 4 1/2 Millionen zusammengekommen. Die kostenlose und unparteiische Verteilung erfolgt unter Mitwirkung des Kontrollausschusses. Andere Zweige des Kleinhandels wollen sich diesem Vorhaben anschließen.

Eine „warme Stube“ haben die Schweisternvereine der Odd-Fellow-Logen, Alte Jakobstr. 128, mit Hilfe ihrer Brüder täglich für einige Nachmittagsstunden zur Verfügung gestellt. — Frauen und Mädchen des Mittelstandes, die ohne die Aussicht — welche die „warmen Stuben“ bieten wollen — in ihrem kalten, schlecht erleuchteten „zu Hause“ bei mühevoller Arbeit oder anderen Handarbeiten ihr Augenlicht gefährden und schweren Erfaltungen preisgegeben sind, werden gebeten, ihre Adressen nebst ein paar erläuternden Worten mitzuteilen an Franziska Mann, Halensee, Westfälische Straße 54 I oder an Lucy Wibel, Charlottenburg, Ankebeckstr. 78/79. Aufnahmen sind von der Nähe abhängig, in der die Betroffenen von einer der „warmen Stuben“ wohnen. Aus diesem Grunde wird nochmals dringend auf die Notwendigkeit der „warmen Stuben“ in allen Stadtteilen hingewiesen.

Eine öffentliche Mieterversammlung, veranstaltet vom Mieterverband, Gau Berlin, 6. Bernauerstraße, findet morgen Sonntag, den 28. Oktober, vormittags 10 Uhr, in der „Alhambra“, Woywilsplatz 101.

Christlichkirchliche Charlottenburg. (Untergrund: Bismarckstraße) Sonntag, den 28. Oktober, vorm. 10 Uhr: Festschnee. Genosse Walter Dieler. Thema: „Schuld und Sühne“.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Fortdauer des trockenen, kälteren Wetters bei schwachen südlichen Winden. Am Tage sehr milde.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

2. Kreis Delegierten. Morgen, Sonntag, den 28. Oktober, vormittags 9 1/2 Uhr, engere Kreisvorstandssitzung beim Gewissen Krämpfer, Miesburger Str. 2, 111. Vgl. Kolonial. Heute, Sonnabend, abends 7 Uhr, beim Genossen Erik Koffetz, Kronprinzenstr. 4, Funktionärskongress.

Jungsozialisten. Gruppe Säben: Nehet nach dem Eisenher. Treffpunkt Sonntag früh 8 Uhr. Bezirksgruppe Berlin. — Gruppe Kottbus: Treffen Sonntag, Nacht nach Heran. Treffpunkt 6 Uhr. Vgl. Kolonial. — Gruppe Säben, Kottbus und Friedberg: Treffen Sonntag 7 1/2 Uhr in der Jungsozialen Sprechstunde, Lindenstr. 1. gemeinsame Veranstaltung. „Säbenberg-Abend“.

Gewerkschaftsbewegung

Produktion statt Spekulation!

Ein schärferer Vorwurf kann gegen das deutsche Unternehmertum kaum erhoben werden als der, daß es sich seit geraumer Zeit mehr die Spekulation angeeignet hat als die Produktion. Auf der Konferenz der Bundesausschüsse der drei freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen in voriger Woche im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrats hat der Hauptvorsitzende des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Genosse Larnow, diesen Vorwurf öffentlich erhoben. Als Vorbild dieses spekulierenden Unternehmertums muß Hugo Stinnes gelten. Der Amerikaner Henry Ford*) faßt die Aufgabe der Unternehmer anders auf.

„Aufgabe des Geschäftsbetriebs ist es, für den Konsum, nicht aber für den Profit oder die Spekulation zu produzieren. Die Produktion für den Konsum beginnt, daß die Qualität des Produktionsartikels gut und der Preis gering sei — daß der betreffende Artikel dem Volke und nicht allein dem Produzenten diene. Wenn die Geldfrage aus einer solchen Perspektive betrachtet wird, so wird auch die Produktion geläutert, um dem Produzenten (dem Unternehmer) zu dienen. . . . Kein Hauptanliegen gegen unser heutiges Geldsystem ist, daß es häufig zu gehandhabt wird, als wäre es um seiner selbst willen da. So hemmt es vielfach die Produktion, anstatt sie zu fördern.“

„Mein Ziel war, mit einem Minimum von Verschwendung sowohl an Material wie an Menschenkraft zu produzieren und mit einem Minimum von Gewinn zu verkaufen, wobei ich mich bezüglich des Gesamtgewinns auf den Umfang des Absatzes verließ. Bei diesem Produktionsprozeß ist es gleichfalls mein Ziel, das Maximum an Löhnen, das heißt das Maximum an Kaufkraft auszuweisen. Da auch dieses Verfahren zu einem Minimum der Kosten beiträgt, sind wir imstande, unser Produkt in Einklang mit der Kaufkraft zu bringen.“

„Produzieren heißt nicht billig einkaufen und teuer verkaufen. Es heißt vielmehr, die Rohstoffe zu angemessenen Preisen einkaufen und sie mit möglichst geringen Mehrkosten in ein gebrauchsfähiges Produkt verwandeln und an den Konsumenten verteilen. Spekulieren, Spekulieren und unehrlich handeln heißt nur diesen Vorgang erschweren.“

„Als ein gutes Geschäft galt jenes, das Gelegenheit hat, große Mengen von Anteilscheinen und Obligationen zu hohen Kursen in Umlauf zu bringen. Die Aktien und Obligationen waren das Wichtige, nicht die Arbeit.“

„Ich vermochte indes nicht einzusehen, wie ein neuer oder auch alter Geschäftsbetrieb auf seine Waren noch einen hohen Zinsfuß draufschlagen und sie trotzdem zu einem angemessenen Preis auf den Markt bringen kann. . . . Die einzig solche Art eines Geschäftes ist die Dienstleistung gegenüber dem Publikum.“

Der Geschäftsfaktor — der Drang, aus einer „Investition von Kapital“ Gewinn zu ziehen — und die daraus folgende Vernachlässigung oder Verkümmern der Arbeit und folglich auch der Dienstleistung zeigte sich mir in mancherlei Gestalt. Er schien den meisten Schwierigkeiten zugrunde zu liegen. Er war die Ursache der niedrigen Löhne — ohne gutgeleitete Arbeit lassen sich keine hohen Löhne erzielen. Und wenn das ganze Streben nicht auf Arbeit gerichtet ist, kann sie auch nicht gut geleistet werden.

Ford kommt zu folgenden kritischen Schlussfolgerungen: 1. Die Finanzen werden der Arbeit vorausgestellt und drohen daher, die Arbeit zu erdrücken und die grundlegende Idee der Dienstleistung zu vernichten. 2. Der vorherrschende Gedanke an das Geld statt an die Arbeit bringt die Frucht vor dem Mühsigen mit sich, und diese Frucht verdirbt den Zugang zu den Geschäften — sie erzeugt die Angst vor der Konkurrenz, vor einem Wechsel der Methoden, vor jedem Schritt, der zu einer Veränderung der Sachlage führen könnte. 3. Der Weg ist jedem offen vorgezeichnet, der zuerst an die Dienstleistung denkt — an die beste Art, seine Arbeit zu verrichten.

Der Ausdruck „Normalisierung“ führt zu Mißständen, da er eine gewisse Starrheit von Konstruktion und Durchführung bedeutet, und der Fabrikant zum Schluß meistens den Artikel wählt, der am leichtesten und geminnbringendsten verkäuflich ist. Das Publikum wird weder bei der Konstruktion, noch bei der Preisfestlegung berücksichtigt. Hinter jeder Normalisierung steht fast immer der Gedanke, möglichst viel Geld herauszuschlagen. Die Folge ist, daß die aus der Herstellung ein und desselben Artikels unermesslich ersparnden Ersparnisse einen wachsenden Profit für den Fabrikanten erziehen. Die Produktion nimmt zu — seine Mittel können mehr produzieren — und ehe er sich verzieht, ist der Markt mit unerschöpflicher Ware überschwemmt. Die betreffenden Waren wären verkäuflich, wenn der Produzent sich mit einem niedrigen Preise begnüge.

Die Normalisierung (wie ich sie verstehe) bedeutet vielmehr eine tagtägliche und jahrelange Untersuchung: erstens des Artikels, der am meisten den Wünschen und Bedürfnissen des Publikums entspricht, und zweitens seiner Herstellungsmethoden. Die Einzelheiten des Produktionsprozesses werden sich dann ganz von selbst ergeben. Haben wir die Produktion von der Profitbasis auf die Leistungsbasis übertragen, so ist das eigentliche Geschäft gesichert und der Gewinn wird nichts zu wünschen übrig lassen. . . . Ich begreife nicht, weshalb das ganze Geschäftsbetrieb nicht auf eine derartige Basis gestellt ist.“

Ford produziert billig und gut, bei achtstündiger Arbeitszeit und einem Mindestlohn von sechs Dollar. Unserem auf möglichst lange Arbeitszeit, bei möglichst niedrigen Löhnen zur Beschaffung möglichst vieler Deniken bedachten Unternehmertum, das Kriege, Reparations-, Ruhr- und Spekulationsgewinne in Hülle und Fülle geschuldet hat, wäre dringend zu empfehlen, sich mit den Grundätzen von Ford vertraut zu machen.

Generalversammlung der Buchdrucker.

Die Funktionäre des Berliner Gewerks der Buchdrucker waren Donnerstagabend in den „Andreas-Festlokalen“ versammelt, um über wichtige Vereinsangelegenheiten zu beraten. Schließlicher schiederte in eingehender Weise die schlechte finanzielle Lage des Gewes. Vor 14 Tagen habe man sich schon einmal mit der ganzen Sachlage befaßt, aber jetzt sei die Situation noch viel schwieriger. Infolge der weiteren ungeheuren Geldentwertung sei leider ein beträchtliches Defizit entstanden. Durch die große Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Beruf und die dadurch verursachten vermehrten Verwaltungsausgaben sehen eben Einnahmen und Ausgaben in keinem realen Verhältnis mehr. Als das größte Uebel bezeichnete der Redner das verpönte Eingehen der Beiträge bei der Kaufkraft, so daß man den Gedanken erwägen müsse, alle nicht rechtzeitig eingehenden Beiträge nach dem Wert in der

Fälligkeitsschleife festzusetzen. Wenn man das Defizit decken wolle, und im Interesse der Organisation sei das dringend notwendig, dann müsse man entweder die Unterstützungseinrichtungen gänzlich fortlassen lassen oder aber sich zu besonderen Leistungen bereit erklären.

Von den meisten Rednern wurde in der Diskussion hervorgehoben, daß die grundsätzliche Beibehaltung der Unterstützungseinrichtungen notwendig sei, weil sie gewissermaßen als das Bindeglied zwischen den Mitgliedern und der Organisation betrachtet werden müssen. Einschränkungen hätten vor allen Dingen bei der Verwaltung zu erfolgen. Beschlossen wurde, durch Abstimmung über die Beibehaltung der Unterstützungseinrichtungen entscheiden zu lassen. Um aber über die Schwierigkeiten dieser Woche hinwegzukommen, beschloß die Versammlung die Zahlung eines doppelten Verbandsbeitrages für den Gau, so daß in der laufenden Woche insgesamt ein Beitrag von 2 Milliarden 100 Millionen Mark zu zahlen ist. Falls die Urabstimmung die Beibehaltung sämtlicher Unterstützungseinrichtungen ergibt, sind 1 Proz. und von Volkarbeitern in zwei Wochen 2 Proz. des Spitzenlohnes als Extraaufwendung für den Gau zu entrichten.

Nach einigen erläuternden Ausführungen von Pösch folgte die Verlesung dem Vorschlag des Gauvorstandes und verlegte die Statutenänderung sowie die Neuwahl des Gauvorstandes und der Delegierten auf einen günstigeren Zeitpunkt.

Das Streikverbot des Bekehrungsmandats für lebenswichtige Betriebe, wozu auch Banknotenrudereien zählen, rief große Erregung hervor. In einer Resolution wird schärfster Protest gegen die Militärherrschaft erhoben und ausgesprochen, daß die Buchdrucker unbeflümmt um diesen Erlaß ihre Beschlüsse durchführen werden.

Nach der neuen Festsetzung beträgt der Beitrag für Kurzarbeiter insgesamt 1 Milliarde 800 Millionen Mark.

Mittel zur Erwerbslosenfürsorge.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlichte gestern Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über die Ausbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge, sowie eine Anordnung über Art, Höhe und Dauer der Unterstützung für die Erwerbslosen und Kurzarbeiter.

Bergarbeiterbewegung.

Verständigung im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau? Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus haben am 25. und 26. Oktober im Reichsarbeitsministerium über die bestehenden Streitpunkte verhandelt. Nach vermittelndem Eingreifen des Reichsarbeitsministeriums konnte für die strittigen Vorklagen und den Abbruch des Streiks teils durch Schiedsgericht, teils durch Vereinbarung eine Regelung getroffen werden. Die beteiligten Gewerkschaften werden in ihren Bezirksversammlungen die Wiederaufnahme der Arbeit empfehlen. Der Lohn in diesem Bergrevier beträgt in der Woche vom 22. bis 29. Oktober für den Durchschnitt der Gesamtbelegschaft einschließlich der sozialen Zulagen je Schicht etwa 29 Milliarden Mark. Da die Arbeitgeber aber zur Frage der Wiedereinstellung erklärten, die Arbeiter nur nach Abschluß der Verwendungsmöglichkeit einstellen zu wollen und eine geschlossene Arbeitsaufnahme ablehnten, gibt die Zentralstreikleitung in Halle jetzt die Weisung aus, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen, ehe nicht eine Regelung in der Wiedereinstellung erfolgt sei.

Im niedersächsischen Bergbau haben die Bergarbeiter in Baringshausen am Deister und in Obernkirchen (Schaumburg-Lippe) die Arbeit vorläufig wieder aufgenommen. Sie wollen aber sofort wieder in den Streik treten, wenn ihnen nicht in kürzester Frist ein höherer Lohn zugesichert wird. Die Bergarbeiter Niedersachsens lehnen in einer Entschließung jede Verlängerung der Arbeitszeit, sei es durch Gesetz oder Tarif, entschieden ab.

Der Streik in Deutsch-Oberhessen hat eine wesentliche Verschärfung erfahren. In einer Betriebsräteversammlung in Hindenburg wurde der Generalstreik für die Röhre Hindenburg und Gleiswäg beschloßen, der denn auch in vollem Umfang einsetzte. Auch die oberhessischen Metall- und Hüttenwerke haben sich dem Streik angeschlossen und es standen gestern etwa 30 000 Arbeiter im Ausstand. Die Forderungen der Arbeiter gehen nach wertschätzenden Löhnen und ausreichender Versorgung mit Lebensmitteln. Gerüchte, daß sich auch die Eisenbahner dem Streik anschließen wollen, treffen nicht zu. Neue Verhandlungen finden heute vormittag statt. Die Notstandsarbeiten werden überall verrichtet. Im Beuthener Revier ist die Streiklage unverändert. Man rechnet mit einer Entspannung durch Ausgabe von wertbefähigtem Provinzialgeld.

Die UCO hat das Kabelwerk Oberpreze geschlossen und die Belegschaft entlassen. In einem Anschlag werden als Gründe für diese Maßnahme u. a. angeführt: passive Resistenz, Bedrohungen und Gewalttaten. Die Belegschaft hat Verhandlungen mit dem Betriebsrat abgelehnt.

Die Pflichtgrenze für die Angestelltenversicherung ist mit Wirkung vom 1. Oktober ab im unbesetzten Gebiet auf 6,5 Billionen Mark, im alt- und neubesetzten Gebiet und in dem Gebiet, in dem besondere Vorschriften für die Erwerbslosenfürsorge gelten, auf 8,2 Billionen Mark heraufgesetzt worden.

Tarifvertrag für das Steinlegergewerbe von Berlin und der Provinz Brandenburg. Der Stundenlohn beträgt ab 30. Oktober: Steinleger und Steinhauer 7 Milliarden Mark, Hammer 6005 und Hilfsarbeiter 6014 Millionen Mark. Die im Tarifvertrag vom 1. Okt. 1920 enthaltenen Abfindungen für Steinhauer werden einschließlich der früheren Aufbesserungen insgesamt um 101 449 275 262 Proz. erhöht. Ferner sind von den Arbeitgebern für die Kaiser der Wohlfahrtsvereine durch Einlefen von Wohlfahrtsmarken in die von den Arbeitnehmern dem Arbeitgeber zur Verfügung gestellten Karten 4 Proz. zu entrichten.

Für die Kellerarbeiter in den Weingroßhandlungen und Vikarbetrieben ist am 24. Oktober vor dem Demobilisierungskommissar folgender Vergleich geschlossen worden:

Die Arbeitnehmer erhalten für die vergangene Lohnwoche außer dem um den Index erhöhten Lohn eine Wirtschaftsbeteiligung von 3 Milliarden für die Erwachsenen, von 2 1/2 Milliarden für die Frauen und von 2 Milliarden für die Jugendlichen; für die laufende Woche erhalten die Arbeiter den bisherigen Lohn vervielfacht um die amtliche Indexziffer.

Lohnstarife gegen Verzeigung des Mitgliedsausweises und Erlattung der Unkosten beim Verkehren zum Engelstuf 24/25, 3. 26.

Währung, Kapital. Da die Unternehmer (eie Verhandlung, resp. Julose auf den 10. niedrigen Lohn erhöhen, findet morgen Sonntag, vormittags 10 Uhr, im Reichsgericht, Str. 31, bei Park, eine Währungsänderung statt, um zu den Lohnverhandlungen Stellung zu nehmen.

Wirtschaft

Reichsbahn und Kohlenüberschuß.

Zu dem Widerspruch, der darin liegt, daß im deutschen Steinkohlenbergbau aus Abhängigkeit ausländischer Eisensteinkohlen bedürftig nicht aus dem Inlande decken kann und zum Bezuge ausländischer Kohle genötigt ist, wird von unterrichteter Seite mitgeteilt:

Die Reichsbahn legt heute mehr als je den größten Wert darauf, ihren Dienstkohlenbedarf ausschließlich im Inlande zu decken. Deshalb hat sie mit allem Nachdruck die Bestrebungen auf Hebung der heimischen Kohlenproduktion unterstützt. Leider ist es schon im vorigen Jahre der deutschen Steinkohlenindustrie trotz ständiger dringender Anmahmungen nicht gelungen, die von der Reichsbahn benötigten Lokomotivkohlenmenge restlos zu liefern, so daß die Reichsbahn einen Teil der Kohlen aus dem Ausland beziehen mußte. Durch den Ruheinbruch hat sich die Fehlmenge der Reichsbahn an heimischen Lokomotivkohlen auf monatlich etwa 700 000 Tonnen erhöht, die bisher aus dem Ausland zugekauft werden mußten.

Der Rückgang der Dienstkohlenbestände mußte zum Erliegen des Eisenbahnbetriebes führen, wenn nicht für die Fehlmenge der nächsten Monate alsbald Ersatz beschafft wird. Die fortwährende Abhängigkeit des Ruhrgebietes durch die Belagerungsmächte macht es aber der Reichsbahn zunächst unmöglich, sich in ihrem Kohlenbezug auf das Inland zu beschränken. Je mehr heimische Lokomotivkohle — über das bisherige Maß hinaus — geliefert wird, um so geringer wird die Menge der anzukaufenden Auslandskohlen sein. Die Reichsbahn ist also an der Steigerung der Kohlenförderung aufs erhellteste interessiert und würde es weiterhin sehr begrüßen, wenn an sie alle verfügbaren und im Lokomotivbetriebe verwendbaren Grobkohlen geliefert würden; sie ist durchaus bereit, Erleichterungen in den Sorten- und Qualitätsansprüchen zu gewähren, um möglichst große Mengen zu erhalten.

Die Reichsbahn hofft, daß in absehbarer Zeit die Dienstkohlenlieferung in verstärktem Umfang erfolgt, damit der heute unvermeidbare Auslandskohlenbezug im Interesse der deutschen Volkswirtschaft vermindert werden kann.

Weltpostverkehr und Weltwirtschaft. Der Weltpostverein veröffentlicht Ansaßen über den Auslandspostverkehr in den Jahren 1920 und 1921. Sehr aufschlußreich sind die Mitteilungen über den Briefverkehr: die gesamte weltwirtschaftliche Lage spiegelt sich darin wider. Vor dem Krieg hand Deutschland als aufstrebendes Exportland, das in allen Ländern nach Absatzmärkten suchte, an erster Stelle bei der Verwendung von Auslandsbriefen. Hinter Deutschland blieb der Briefverkehr der Vereinigten Staaten um 8 Proz., der Großbritanniens um 30 Proz. zurück. Die grundlegenden Veränderungen der weltwirtschaftlichen Situation kommen in den ganz veränderten Zahlen des Briefverkehrs zum Ausdruck. Deutschland hat ein gutes Teil seiner ausländischen Absatzmärkte, besonders die überseeischen, eingebüßt, daher sank der ausländische Briefverkehr Deutschlands 1920 auf 43, 1921 durch die Besetzung der Ausfuhrkonjunktur auf 53 Proz. des Vorkriegsstandes. Im übrigen ist aber der ausländische Briefverkehr sämtlicher europäischen Staaten, mit Ausnahme von Holland, in den letzten Krisenjahren wesentlich zurückgegangen und ist viel niedriger wie vor dem Kriege. Dagegen erhöhte sich der Briefverkehr der Vereinigten Staaten und Japans, der letztere in außerordentlich hohem Maße (um 63 Proz.). Interessant sind die Richtungen des Briefverkehrs. Der deutsche Briefverkehr richtet sich zu 86 Proz. nach europäischen Staaten, er ist am umfangreichsten mit Holland und mit der Schweiz. Die belgische Auslandspost geht zu 96 Proz., die holländische zu 81 Proz. nach europäischen Staaten. Dagegen entfallen von den aus Großbritannien verschickten Briefen nur 37 Proz. auf Europa, 30 Proz. auf Amerika, das übrige auf die anderen Erdteile, was durch die besondere Stellung Englands in der Weltwirtschaft und durch sein Verhältnis zu den Kolonien begründet ist. Auch gingen nur 50 Proz. der aus Italien verschickten Auslandsbriefe nach europäischen Ländern, während 35 Proz. nach Amerika bestimmt waren, was wieder eine Folge der italienischen Auswanderung ist, die sich besonders nach Südamerika richtet.

Theater der Woche.

Vom 28. Oktober bis 5. November.

Volksbühne: 28. 10. 1. und 2. Der abtrünnige Kor. 29. Und des Licht Schein in der Rühmlichkeit. 3. Als 3. Hecates Schicksal. 4. Opernrevue: 28. 10. 2. 29. 1. 30. 1. 31. 1. 32. 1. 33. 1. 34. 1. 35. 1. 36. 1. 37. 1. 38. 1. 39. 1. 40. 1. 41. 1. 42. 1. 43. 1. 44. 1. 45. 1. 46. 1. 47. 1. 48. 1. 49. 1. 50. 1. 51. 1. 52. 1. 53. 1. 54. 1. 55. 1. 56. 1. 57. 1. 58. 1. 59. 1. 60. 1. 61. 1. 62. 1. 63. 1. 64. 1. 65. 1. 66. 1. 67. 1. 68. 1. 69. 1. 70. 1. 71. 1. 72. 1. 73. 1. 74. 1. 75. 1. 76. 1. 77. 1. 78. 1. 79. 1. 80. 1. 81. 1. 82. 1. 83. 1. 84. 1. 85. 1. 86. 1. 87. 1. 88. 1. 89. 1. 90. 1. 91. 1. 92. 1. 93. 1. 94. 1. 95. 1. 96. 1. 97. 1. 98. 1. 99. 1. 100. 1. 101. 1. 102. 1. 103. 1. 104. 1. 105. 1. 106. 1. 107. 1. 108. 1. 109. 1. 110. 1. 111. 1. 112. 1. 113. 1. 114. 1. 115. 1. 116. 1. 117. 1. 118. 1. 119. 1. 120. 1. 121. 1. 122. 1. 123. 1. 124. 1. 125. 1. 126. 1. 127. 1. 128. 1. 129. 1. 130. 1. 131. 1. 132. 1. 133. 1. 134. 1. 135. 1. 136. 1. 137. 1. 138. 1. 139. 1. 140. 1. 141. 1. 142. 1. 143. 1. 144. 1. 145. 1. 146. 1. 147. 1. 148. 1. 149. 1. 150. 1. 151. 1. 152. 1. 153. 1. 154. 1. 155. 1. 156. 1. 157. 1. 158. 1. 159. 1. 160. 1. 161. 1. 162. 1. 163. 1. 164. 1. 165. 1. 166. 1. 167. 1. 168. 1. 169. 1. 170. 1. 171. 1. 172. 1. 173. 1. 174. 1. 175. 1. 176. 1. 177. 1. 178. 1. 179. 1. 180. 1. 181. 1. 182. 1. 183. 1. 184. 1. 185. 1. 186. 1. 187. 1. 188. 1. 189. 1. 190. 1. 191. 1. 192. 1. 193. 1. 194. 1. 195. 1. 196. 1. 197. 1. 198. 1. 199. 1. 200. 1. 201. 1. 202. 1. 203. 1. 204. 1. 205. 1. 206. 1. 207. 1. 208. 1. 209. 1. 210. 1. 211. 1. 212. 1. 213. 1. 214. 1. 215. 1. 216. 1. 217. 1. 218. 1. 219. 1. 220. 1. 221. 1. 222. 1. 223. 1. 224. 1. 225. 1. 226. 1. 227. 1. 228. 1. 229. 1. 230. 1. 231. 1. 232. 1. 233. 1. 234. 1. 235. 1. 236. 1. 237. 1. 238. 1. 239. 1. 240. 1. 241. 1. 242. 1. 243. 1. 244. 1. 245. 1. 246. 1. 247. 1. 248. 1. 249. 1. 250. 1. 251. 1. 252. 1. 253. 1. 254. 1. 255. 1. 256. 1. 257. 1. 258. 1. 259. 1. 260. 1. 261. 1. 262. 1. 263. 1. 264. 1. 265. 1. 266. 1. 267. 1. 268. 1. 269. 1. 270. 1. 271. 1. 272. 1. 273. 1. 274. 1. 275. 1. 276. 1. 277. 1. 278. 1. 279. 1. 280. 1. 281. 1. 282. 1. 283. 1. 284. 1. 285. 1. 286. 1. 287. 1. 288. 1. 289. 1. 290. 1. 291. 1. 292. 1. 293. 1. 294. 1. 295. 1. 296. 1. 297. 1. 298. 1. 299. 1. 300. 1. 301. 1. 302. 1. 303. 1. 304. 1. 305. 1. 306. 1. 307. 1. 308. 1. 309. 1. 310. 1. 311. 1. 312. 1. 313. 1. 314. 1. 315. 1. 316. 1. 317. 1. 318. 1. 319. 1. 320. 1. 321. 1. 322. 1. 323. 1. 324. 1. 325. 1. 326. 1. 327. 1. 328. 1. 329. 1. 330. 1. 331. 1. 332. 1. 333. 1. 334. 1. 335. 1. 336. 1. 337. 1. 338. 1. 339. 1. 340. 1. 341. 1. 342. 1. 343. 1. 344. 1. 345. 1. 346. 1. 347. 1. 348. 1. 349. 1. 350. 1. 351. 1. 352. 1. 353. 1. 354. 1. 355. 1. 356. 1. 357. 1. 358. 1. 359. 1. 360. 1. 361. 1. 362. 1. 363. 1. 364. 1. 365. 1. 366. 1. 367. 1. 368. 1. 369. 1. 370. 1. 371. 1. 372. 1. 373. 1. 374. 1. 375. 1. 376. 1. 377. 1. 378. 1. 379. 1. 380. 1. 381. 1. 382. 1. 383. 1. 384. 1. 385. 1. 386. 1. 387. 1. 388. 1. 389. 1. 390. 1. 391. 1. 392. 1. 393. 1. 394. 1. 395. 1. 396. 1. 397. 1. 398. 1. 399. 1. 400. 1. 401. 1. 402. 1. 403. 1. 404. 1. 405. 1. 406. 1. 407. 1. 408. 1. 409. 1. 410. 1. 411. 1. 412. 1. 413. 1. 414. 1. 415. 1. 416. 1. 417. 1. 418. 1. 419. 1. 420. 1. 421. 1. 422. 1. 423. 1. 424. 1. 425. 1. 426. 1. 427. 1. 428. 1. 429. 1. 430. 1. 431. 1. 432. 1. 433. 1. 434. 1. 435. 1. 436. 1. 437. 1. 438. 1. 439. 1. 440. 1. 441. 1. 442. 1. 443. 1. 444. 1. 445. 1. 446. 1. 447. 1. 448. 1. 449. 1. 450. 1. 451. 1. 452. 1. 453. 1. 454. 1. 455. 1. 456. 1. 457. 1. 458. 1. 459. 1. 460. 1. 461. 1. 462. 1. 463. 1. 464. 1. 465. 1. 466. 1. 467. 1. 468. 1. 469. 1. 470. 1. 471. 1. 472. 1. 473. 1. 474. 1. 475. 1. 476. 1. 477. 1. 478. 1. 479. 1. 480. 1. 481. 1. 482. 1. 483. 1. 484. 1. 485. 1. 486. 1. 487. 1. 488. 1. 489. 1. 490. 1. 491. 1. 492. 1. 493. 1. 494. 1. 495. 1. 496. 1. 497. 1. 498. 1. 499. 1. 500. 1. 501. 1. 502. 1. 503. 1. 504. 1. 505. 1. 506. 1. 507. 1. 508. 1. 509. 1. 510. 1. 511. 1. 512. 1. 513. 1. 514. 1. 515. 1. 516. 1. 517. 1. 518. 1. 519. 1. 520. 1. 521. 1. 522. 1. 523. 1. 524. 1. 525. 1. 526. 1. 527. 1. 528. 1. 529. 1. 530. 1. 531. 1. 532. 1. 533. 1. 534. 1. 535. 1. 536. 1. 537. 1. 538. 1. 539. 1. 540. 1. 541. 1. 542. 1. 543. 1. 544. 1. 545. 1. 546. 1. 547. 1. 548. 1. 549. 1. 550. 1. 551. 1. 552. 1. 553. 1. 554. 1. 555. 1. 556. 1. 557. 1. 558. 1. 559. 1. 560. 1. 561. 1. 562. 1. 563. 1. 564. 1. 565. 1. 566. 1. 567. 1. 568. 1. 569. 1. 570. 1. 571. 1. 572. 1. 573. 1. 574. 1. 575. 1. 576. 1. 577. 1. 578. 1. 579. 1. 580. 1. 581. 1. 582. 1. 583. 1. 584. 1. 585. 1. 586. 1. 587. 1. 588. 1. 589. 1. 590. 1. 591. 1. 592. 1. 593. 1. 594. 1. 595. 1. 596. 1. 597. 1. 598. 1. 599. 1. 600. 1. 601. 1. 602. 1. 603. 1. 604. 1. 605. 1. 606. 1. 607. 1. 608. 1. 609. 1. 610. 1. 611. 1. 612. 1. 613. 1. 614. 1. 615. 1. 616. 1. 617. 1. 618. 1. 619. 1. 620. 1. 621. 1. 622. 1. 623. 1. 624. 1. 625. 1. 626. 1. 627. 1. 628. 1. 629. 1. 630. 1. 631. 1. 632. 1. 633. 1. 634. 1. 635. 1. 636. 1. 637. 1. 638. 1. 639. 1. 640. 1. 641. 1. 642. 1. 643. 1. 644. 1. 645. 1. 646. 1. 647. 1. 648. 1. 649. 1. 650. 1. 651. 1. 652. 1. 653. 1. 654. 1. 655. 1. 656. 1. 657. 1. 658. 1. 659. 1. 660. 1. 661. 1. 662. 1. 663. 1. 664. 1. 665. 1. 666. 1. 667. 1. 668. 1. 669. 1. 670. 1. 671. 1. 672. 1. 673. 1. 674. 1. 675. 1. 676. 1. 677. 1. 678. 1. 679. 1. 680. 1. 681. 1. 682. 1. 683. 1. 684. 1. 685. 1. 686. 1. 687. 1. 688. 1. 689. 1. 690. 1. 691. 1. 692. 1. 693. 1. 694. 1. 695. 1. 696. 1. 697. 1. 698. 1. 699. 1. 700. 1. 701. 1. 702. 1. 703. 1. 704. 1. 705. 1. 706. 1. 707. 1. 708. 1. 709. 1. 710. 1. 711. 1. 712. 1. 713. 1. 714. 1. 715. 1. 716. 1. 717. 1. 718. 1. 719. 1. 720. 1. 721. 1. 722. 1. 723. 1. 724. 1. 725. 1. 726. 1. 727. 1. 728. 1. 729. 1. 730. 1. 731. 1. 732. 1. 733. 1. 734. 1. 735. 1. 736. 1. 737. 1. 738. 1. 739. 1. 740. 1. 741. 1. 742. 1. 743. 1. 744. 1. 745. 1. 746. 1. 747. 1. 748. 1. 749. 1. 750. 1. 751. 1. 752. 1. 753. 1. 754. 1. 755. 1. 756. 1. 757. 1. 758. 1. 759. 1. 760. 1. 761. 1. 762. 1. 763. 1. 764. 1. 765. 1. 766. 1. 767. 1. 768. 1. 769. 1. 770. 1. 771. 1. 772. 1. 773. 1. 774. 1. 775. 1. 776. 1. 777. 1. 778. 1. 779. 1. 780. 1. 781. 1. 782. 1. 783. 1. 784. 1. 785. 1. 786. 1. 787. 1. 788. 1. 789. 1. 790. 1. 791. 1. 792. 1. 793. 1. 794. 1. 795. 1. 796. 1. 797. 1. 798. 1. 799. 1. 800. 1. 801. 1. 802. 1. 803. 1. 804. 1. 805. 1. 806. 1. 807. 1. 808. 1. 809. 1. 810. 1. 811. 1. 812. 1. 813. 1. 814. 1. 815. 1. 816. 1. 817. 1. 818. 1. 819. 1. 820. 1. 821. 1. 822. 1. 823. 1. 824. 1. 825. 1. 826. 1. 827. 1. 828. 1. 829. 1. 830. 1. 831. 1. 832. 1. 833. 1. 834. 1. 835. 1. 836. 1. 837. 1. 838. 1. 839. 1. 840. 1. 841. 1. 842. 1. 843. 1. 844. 1. 845. 1. 846. 1. 847. 1. 848. 1. 849. 1. 850. 1. 851. 1. 852. 1. 853. 1. 854. 1. 855. 1. 856. 1. 857. 1. 858. 1. 859. 1. 860. 1. 861. 1. 862. 1. 863. 1. 864. 1. 865. 1. 866. 1. 867. 1. 868. 1. 869. 1. 870. 1. 871. 1. 872. 1. 873. 1. 874. 1. 875. 1. 876. 1. 877. 1. 878. 1. 879. 1. 880. 1. 881. 1. 882. 1. 883. 1. 884. 1. 885. 1. 886. 1. 887. 1. 888. 1. 889. 1. 890. 1. 891. 1. 892. 1. 893. 1. 894. 1. 895. 1. 896. 1. 897. 1. 898. 1. 899. 1. 900. 1. 901. 1. 902. 1. 9